

# *Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg*

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: [mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de](mailto:mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Internet: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Stockach, August 2012

## **«Gemeinschaftsschule» – Rundbrief Nr. 2 an die Schulträger der allgemeinbildenden Schulen in den Gemeinden und Städten Baden-Württembergs**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister*

Vor vier Monaten, Anfang April 2012, haben wir uns an Sie mit einem Brief gewandt, in dem wir unsere Bedenken gegen die Pläne der Landesregierung, sogenannte Gemeinschaftsschulen einzurichten, darlegten.

Rund 40 Schulträger des Landes hatten sich dafür entschieden, schon mit Beginn des kommenden Schuljahres 2012/2013 eine Gemeinschaftsschule zu errichten, und den Medien ist zu entnehmen, dass weitere Gemeinschaftsschulen für das Schuljahr 2013/2014 beantragt wurden oder aber bis zum 1. Oktober 2012 beantragt werden sollen.

Die Gespräche, die wir in den vergangenen vier Monaten mit Landes- und Kommunalpolitikern, mit Verbandsvertretern und mit Bürgerinnen und Bürgern führen konnten, haben unsere Argumente gegen die neue Schulart vertieft und erweitert.

Wir haben den Eindruck gewonnen, dass den Schulträgern vor Ort nicht ausreichend Zeit gegeben wurde und wird, die Frage, ob eine Gemeinschaftsschule beantragt werden soll, gründlich und von allen Seiten her zu beleuchten. Viele Gemeinderäte haben uns gesagt, dass sie sehr kurzfristig vor die Wahl gestellt waren oder sind, so schnell wie möglich eine Gemeinschaftsschule zu beantragen, anderenfalls aber in absehbarer Zeit auf den Schulstandort verzichten zu müssen. **Und das alles ohne eine Klärung der Frage, wer die enormen Kosten für die notwendigen Um- und Neubaumaßnahmen finanzieren soll.** Die Gemeinde- und Stadträte waren bei pädagogischen Fragen vor allem auf die Aussagen der Schulen angewiesen, die Gemeinschaftsschulen werden wollen. Ist zu erwarten, dass solche Schulen mit einem abgewogenen Pro und Kontra auftreten?

Die Frage, welche Schule aus pädagogischer und gemeinwohlorientierter Sicht tatsächlich die beste Wahl für unsere Kinder und Jugendlichen ist, kommt so aber zu kurz. Gerade mit dieser Frage hat sich unser Arbeitskreis gründlich befasst. Hierzu haben wir zahlreiche Texte, die man auf unserer Internetseite finden kann, veröffentlicht. Die pädagogische Erfahrung und seriöse wissenschaftliche Forschungen belegen, dass eine Schulart, in der die Schüler ohne eine feste Klassengemeinschaft und in der Hauptsache «selbstgesteuert» oder «von anderen Schülern» lernen sollen und in welcher der Lehrer in die zweite Reihe zurücktritt, pädagogisch sehr fragwürdig ist. Deshalb haben wir zu diesem Thema noch einmal einen Text beigefügt (Anlage), der unsere diesbezüglichen Argumente zusammenfasst. **Eines unserer größten Bedenken ist, dass das «pädagogische Konzept» der Gemeinschaftsschulen verhindert, dass unsere Kinder und Jugendlichen zu Staatsbürgern in einer Demokratie erzogen und gebildet werden.**

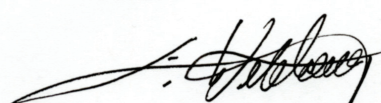
Wir wissen sehr wohl, was es für eine Gemeinde bedeutet, wenn die Schließung einer Schule droht. Aber wir finden auch, dass es keine gute Lösung sein kann, unter enormem Druck eine ganz neue, sehr umstrittene Schulart zu beantragen. Unsere Anregung ist deshalb folgende: Die Gemeinden, die sich nicht unter Druck setzen lassen wollen, fordern ein Moratorium für ganz Baden-Württemberg: Keine weitere Gemeinschaftsschule vor einer breiten und gründlichen landesweiten Debatte! Kein Wettrennen der Gemeinden um die künftigen Schulstandorte! Baden-Württemberg braucht einen von allen Beteiligten gründlich diskutierten und abgestimmten Schulentwicklungsplan für alle Regierungsbezirke! Keine weitere Gemeinschaftsschule vor einer landesweiten Volksentscheid; denn die Frage nach der künftigen staatlichen Erziehung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen ist mindestens genauso wichtig wie «Stuttgart 21»! Ein Volksentscheid würde ehrlich klären, wie die Bürger des Landes zur neuen Schulart stehen.

Den Medien ist zu entnehmen, dass der Ministerpräsident von dem Plan, die Gemeinschaftsschule zur einzigen allgemeinbildenden Schulart zu machen, abrückt. Vielleicht ist das nur ein taktischer Schachzug. Offensichtlich ist aber, dass die Proteste gegen die bisherigen Pläne der Landesregierung außerordentlich stark sind. Das hat viele gute Gründe.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

Anlage